

6TH UNI GLOBAL UNION
WORLD CONGRESS 2023

UNI
global
union

**RISING
TOGETHER**
PHILADELPHIA



GEMEINSAM ERHEBEN FÜR FRIEDEN, DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

#UNIRisingTogether



GEMEINSAM ERHEBEN FÜR FRIEDEN, DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

EINLEITUNG

Die Weltuntergangsuhr verdeutlicht die Wahrscheinlichkeit einer von Menschen verursachten globalen Katastrophe. Im Januar 2023 wurde die Uhr auf nur noch neunzig Sekunden vor Mitternacht vorgestellt, so nah an Mitternacht wie noch nie seit ihrer Einführung im Jahr 1947. Das Gremium internationaler Wissenschaftler, das hinter diesem Symbol einer potenziellen Katastrophe steht, hat davor gewarnt, dass der Fortbestand der Menschheit stärker als je zuvor gefährdet ist.

Der russische Einmarsch in der Ukraine hat Europa erneut in einen Krieg gestürzt und die nuklearen Spannungen in der Welt deutlich erhöht. Doch es ist nur ein Konflikt von vielen, und Millionen von Menschen auf allen Kontinenten leben in Angst. Über 110 bewaffnete Konflikte sind derzeit schätzungsweise noch im Gange. Einige dieser Konflikte machen Schlagzeilen,

andere nicht. Einige von ihnen haben erst vor Kurzem begonnen, während andere schon seit mehr als 50 Jahren bestehen, doch alle haben verheerende Auswirkungen auf die Beschäftigten und ihre Gemeinschaften.

Trotz der in vielen Bereichen erzielten Fortschritte ist die Achtung der Menschenrechte nach wie vor fragil, und autoritäre Regierungen und Führungspersönlichkeiten versuchen, das zu untergraben, was eigentlich die Grundrechte aller Menschen sein sollten. Der Bericht von Human Rights Watch 2023 World Report wirft Licht auf Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt, macht aber auch Hoffnung, indem er aktuelle Fortschritte aufzeigt.

Auf dem 5. UNI-Weltkongress war die damals aktuelle Situation, dass Trump im Weißen Haus war, Lula in Brasilien im Gefängnis saß, und Kolumbien noch immer unter den Folgen von 40 Jahren Bürgerkrieg und rechtsgerichteten Regierungen litt. Zum Zeitpunkt von UNIs 6. UNI-Weltkongress ist Bidens

Präsidentschaft die arbeitnehmerfreundlichste seit Generationen, diejenigen, die das Kapitol stürmten, um das Wahlergebnis zu kippen, werden zur Rechenschaft gezogen, Lula ist wieder Präsident von Brasilien und gibt Millionen von Menschen nach der Finsternis des Bolsonaro-Regimes Hoffnung, und Kolumbien hat unter Präsident Petro seine erste linke Regierung überhaupt.

Es darf nicht übersehen werden, dass die Gewerkschaften bei allen drei Erfolgsgeschichten eine Schlüsselrolle gespielt haben. Die Gewerkschaftsbewegung ist eine treibende Kraft für den Frieden und die Achtung der Menschenrechte, und sie bekräftigt den Grundsatz, dass Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte von grundlegender Bedeutung für eine umfassendere Achtung der Menschenrechte in der Gesellschaft sind. Sie sind grundlegende Rechte.

Der Kampf für Frieden, Demokratie und Menschenrechte ist kein isolierter Kampf, sondern ein zentraler Grundsatz in vielen der vorrangigen Arbeitsbereiche der UNI und ihrer Mitgliedsorganisationen. Die gewerkschaftliche Forderung nach Klimagerechtigkeit ist nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig, sondern die Auswirkungen des Klimawandels sind zunehmend ein treibender Faktor für Konflikte und erzwungene Migration. Als Gewerkschaften haben wir den Kampf für die grundlegenden Menschenrechte der Gleichheit in all ihren Formen angeführt, und dieser Kampf geht weiter im Kampf für Rassengerechtigkeit, die Achtung der Rechte von LGBTQI+ und eine echte Gleichstellung der Geschlechter. Und ohne soziale Gerechtigkeit, menschenwürdige Arbeit und eine Umgestaltung der Wirtschaft, die allen zugutekommt, wird die inhärente Instabilität, mit der Millionen von Menschen konfrontiert sind, weiterhin den Frieden, die Demokratie und die Menschenrechte bedrohen.

Wir arbeiten mit der Friedensbewegung, Menschenrechtsverteidigern, Gleichstellungsaktivisten und Unterstützern von Geflüchteten, Wanderarbeitnehmern, Asylbewerbern und den am meisten gefährdeten Menschen zusammen und unterstützen sie. UNI und ihre Mitgliedsorganisationen sind Teil einer globalen Bewegung, die sich dafür einsetzt, dass erwerbstätige Menschen und ihre Gemeinschaften in allen Teilen der Welt in den Genuss von Frieden, Demokratie und Menschenrechten kommen.

DEMOKRATIE UNTER BESCHUSS

Der Bericht von 2022 über den weltweiten Zustand der Demokratie [Global State of Democracy Report](#) zeigte, dass die Demokratie in vielen Teilen der Welt bedroht ist. Die Gesamtzahl der Demokratien stagniert, und die Hälfte der bestehenden Demokratien befindet sich auf dem Rückzug. Von den Nicht-Demokratien werden 50 Prozent deutlich autoritärer, und in den letzten sechs Jahren

ist die Zahl der Länder, die sich in Richtung Autoritarismus bewegen, mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Länder, die sich in Richtung Demokratie bewegen. Nach Angaben der Economist Intelligence Unit leben nur „8 % der Weltbevölkerung in einer „vollständigen Demokratie“ verglichen mit 8,9 % im Jahr 2015, bevor die USA 2016 von einer „vollständigen Demokratie“ zu einer „mangelhaften Demokratie“ degradiert wurden. Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung lebt unter autoritärer Herrschaft (36,9 %), ein großer Teil davon in China und Russland.“

Länder, die wir früher für ihre Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie gefeiert haben, haben erhebliche Rückschritte gemacht. Nach dem Staatsstreich von 2021 leidet das Volk von Myanmar erneut unter der Herrschaft der Militärjunta, und in Tunesien hat der Präsident seine Macht in einem noch nie da gewesenen Ausmaß gefestigt, führende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verhaftet und Solidaritätsbesuche internationaler Gewerkschaften verboten.

Die Bedrohungen für die Demokratie und die Gründe für den Rückgang vieler dieser globalen Indizes sind vielfältig. Dennoch ist es zweifellos so, dass die zunehmende Desinformation über soziale Medien und die Verbreitung von Verschwörungstheorien in vielen Teilen der Welt Auswirkungen haben. In fast identischen Szenarien haben wir innerhalb von nur zwei Jahren Versuche erlebt, den demokratischen Willen des Volkes in den USA und Brasilien zu brechen.

In beiden Fällen haben rechtsextreme Anhänger von Trump und Bolsonaro, angeheizt durch extremistische Kommentatoren, mit Gewalt versucht, die Demokratie zu untergraben. Beides sind Beispiele für den in den letzten Jahren weltweit zu oft beobachteten Trend hin zur Nichtanerkennung von Wahlergebnissen und zur Aushöhlung demokratischer Institutionen wie der freien und unparteiischen Medien.

Auch wenn die Niederlagen von Trump und Bolsonaro gefeiert wurden, dürfen wir die anhaltende Bedrohung durch

Rechtsextreme und Personen, die mit faschistischem Gedankengut sympathisieren, nicht einfach als gegeben hinnehmen. Die Bedrohung durch rechtsextreme und faschistische Organisationen hat zugenommen, und diese Gruppen setzen Gewalt ein und schwingen Hassreden, um ihre extremistischen Ziele voranzutreiben. UNI Global Union unterzeichnete das Manifest des Internationalen Netzwerks antifaschistischer Gewerkschaften. Mit diesem Manifest verpflichten sich die Unterzeichner zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit, zur Verteidigung der Menschenrechte und zur Stärkung der Demokratie durch kollektives Handeln. Initiiert wurde das Manifest von der CGIL (Italien) nach den faschistischen Angriffen auf ihren Sitz in Rom.

Autoritäre Anführer auf der ganzen Welt haben versucht, ihre Macht auf Kosten der Rechte und Freiheiten der einfachen Menschen zu konsolidieren. Häufig sehen wir Angriffe auf Gewerkschaftsrechte und Gewerkschaften selbst als Teil eines umfassenderen Angriffs auf die

Demokratie. In [Südkorea](#) führten Beamte des Nachrichtendienstes eine Razzia in den Büros des koreanischen Gewerkschaftsbunds (Korean Confederation of Trade Unions (KCTU)) und der koreanischen Gewerkschaft für Gesundheit und medizinische Berufe (Korean Health and Medical Workers' Union's (KHMU)) durch, was einen beschämenden Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung des Landes und ein Affront gegen grundlegende demokratische Prinzipien darstellt. In [Simbabwe](#) wurde der Gewerkschaftsbund Zimbabwe Congress of Trade Unions (ZCTU) als terroristische Organisation gebrandmarkt. Zahlreiche Gewerkschafter, Aktivisten und Oppositionelle wurden von den Sicherheitskräften verhaftet, entführt und misshandelt, als die Regierung versuchte, die Proteste gegen den Umgang mit der Covid-19-Pandemie, die schlechte Wirtschaftslage und die weitverbreitete Korruption zu unterdrücken. Der Gewerkschaftsbund Confederation of Trade Unions in [Hongkong](#) war gezwungen, sich

aufzulösen, nachdem der HKCTU und seine Mitgliedsorganisationen beispiellosen Angriffen, Einschüchterungsversuchen und Vorwürfen angeblicher Straftaten im Rahmen eines repressiven Gesetzes zur nationalen Sicherheit ausgesetzt waren, das im Juli 2020 in Kraft getreten und seitdem Teil einer umfassenderen Demontage der Zivilgesellschaft ist.

Die Ausgabe aus dem Jahr 2022 des [Globalen IGB-Rechtsindexes](#) hat gezeigt, dass die wichtigsten Indikatoren für die Verletzung von Arbeitnehmerrechten Rekordwerte erreicht haben. Eswatini und Guatemala sind Neuzugänge in der Liste der zehn schlimmsten Länder für erwerbstätige Menschen. In Eswatini wurden pro-demokratische Proteste brutal unterdrückt und Demonstrationen und Streiks systematisch verboten, und in Guatemala wurden Fortschritte durch endemische gewerkschaftsfeindliche Gewalt und Straffreiheit für die Gewalttäter behindert.

Gewerkschaften sind Hochburgen der Demokratie. Wenn sich erwerbstätige Menschen zusammenschließen, um ein kollektives Mitspracherecht bei den Entscheidungen, die sich auf ihr Arbeitsleben auswirken, zu haben, dann ist das gelebte Demokratie. Unsere Grundrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind auch Bausteine der Demokratie. Der Kampf für die Demokratie geht weiter und UNI und ihre Mitgliedsorganisationen bleiben weiterhin Teil dieses Kampfes.

ABRÜSTUNG

Die globale Instabilität lässt viele befürchten, dass wir in ein neues Wettrüsten eintreten könnten. Russland und China haben ihre Militärhaushalte in den letzten Jahren erheblich aufgestockt, so dass die gesamten Militärausgaben zwei Billionen US Dollar zum ersten Mal im Jahr 2021 während der Covid-19-Pandemie und in einer Zeit großer globaler Ungleichheit überstiegen. Die NATO-Mitglieder streben weiterhin danach, 2%

des BIP für Militärausgaben auszugeben, während fast keiner das von den Vereinten Nationen vereinbarte Ziel von 0,7 % des BIP für Entwicklungshilfe erreicht.

Oxfam schätzt, dass die Bekämpfung des extremen und chronischen Hungers nur 37 Milliarden US-Dollar pro Jahr kosten würde, was nur 1,85 Prozent der gesamten Militärausgaben im Jahr 2021 entspricht, und der UNO-Generalsekretär hat errechnet, dass etwas mehr als die Hälfte der derzeitigen Militärausgaben ausreichen würde, um für 6,6 Milliarden Menschen eine grundlegende Gesundheitsversorgung bereitzustellen und 726,5 Millionen Kindern im Alter von 0 bis 5 Jahren, 133,6 Millionen jungen Müttern, 192,2 Millionen Menschen mit schweren Behinderungen und 497 Millionen älteren Menschen ein grundlegendes Maß an Einkommenssicherheit zu bieten.

Es ist dringend notwendig, unsere Prioritäten neu zu setzen und die Ausgaben von der immer effektiveren Zerstörung des Planeten auf die soziale und gesellschaftliche Entwicklung zu

verlagern, die Milliarden von Menschen dringend benötigen. Dies bedeutet eine Diversifizierung und einen Rückzug aus den Verteidigungsausgaben durch einen Übergang, der die Qualifikationen, die Beschäftigung und das Lohnniveau der Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern, die in der Verteidigungsindustrie beschäftigt sind, schützt.

Vierzig Jahre nach der Entwicklung des Konzepts der gemeinsamen Sicherheit durch die Olaf-Palme-Kommission beteiligte sich die globale Gewerkschaftsbewegung an einer neuen Initiative zur Entwicklung des Konzepts [Gemeinsame Sicherheit 2022](#) für unsere gemeinsame Zukunft. Auf mehreren Kongressen haben UNI Global Union und ihre Mitgliedsorganisationen nachdrücklich die nukleare Abrüstung und die Begrenzung konventioneller Waffen gefordert, und dieser Bericht zeigt, wie wichtig dies ist. Wir haben jedoch erlebt, wie das New START-Abkommen über Atomwaffen gescheitert ist und wie Länder weiterhin versuchen, Atomwaffenarsenale zu erwerben oder bestehende zu

erweitern. Ein Atomkrieg kann niemals gewonnen werden, und es ist dringend notwendig, die Rüstungskontrollverträge wieder in Kraft zu setzen und deutliche Fortschritte bei der Reduzierung der Atomwaffen zu erzielen, mit dem Ziel, alle Massenvernichtungswaffen zu beseitigen.

So wie die künstliche Intelligenz viele andere Lebensbereiche grundlegend verändert, nicht zuletzt am Arbeitsplatz, so stellt auch die Zunahme der autonomen Waffensysteme eine neue und wachsende Gefahr dar. Zunehmend wird der Begriff „digitale Entmenschlichung“ verwendet, um die Art und Weise zu beschreiben, in der Menschen auf Daten reduziert werden, die dann dazu verwendet werden, Entscheidungen zu treffen und/oder Maßnahmen zu ergreifen, die sich negativ auf ihr Leben auswirken - ein Thema, bei dem UNI in der Arbeitswelt bereits führend ist. Human Rights Watch ist der Koordinator der globalen Kampagne „Stoppt Killerroboter“ und setzt sich für einen neuen internationalen Vertrag ein, der diese Technologien regelt und sicherstellt, dass Entscheidungen über Leben und Tod

nicht an Maschinen delegiert werden.
„Ohne jemanden, also einen Menschen, der für eine Gräueltat verantwortlich gemacht werden kann, ist es so gut wie unmöglich, Gerechtigkeit zu erreichen. Ein Massaker an der Zivilbevölkerung in einem Konfliktgebiet würde eher als Softwaredesign-Problem denn als Kriegsverbrechen dargestellt werden.“

FAZIT

Millionen von Menschen auf der ganzen Welt leben weiterhin in Kriegs- und Konfliktsituationen. Globale Instabilität, rasant steigende Militärausgaben und Angriffe auf die Meinungsfreiheit treiben uns auf ein Weltuntergangsszenario zu. Die grundlegenden Menschenrechte stehen unter Beschuss und die Demokratie wird immer schwächer. Dennoch werden weiterhin Fortschritte erzielt, wobei die Gewerkschaftsbewegung eine zentrale Rolle bei den positiven Veränderungen, die wir in Ländern wie Brasilien und Kolumbien gesehen haben, spielt.

Der Kampf für Frieden, Demokratie und Menschenrechte steht im Mittelpunkt des Kampfes für wirtschaftliche Gerechtigkeit, Rassengerechtigkeit und Gleichstellung der Geschlechter. Gewerkschaftliche Maßnahmen sind von grundlegender Bedeutung, wenn wir eine friedliche gemeinsame Zukunft mit gemeinsamer Sicherheit für alle anstreben, und UNI Global Union und unsere Mitgliedsorganisationen werden weiterhin eine führende Rolle in diesem Kampf für eine bessere Zukunft spielen.

ESWATINI

Eswatini leidet weiterhin unter der letzten absoluten Monarchie in Afrika. Die Pro-Demokratie-Proteste in dem Land im südlichen Afrika dauern seit Mai 2021 an, wobei die Gewerkschaften und andere Gruppen der Zivilgesellschaft demokratische Wahlen fordern. Während dieser Proteste wurden schätzungsweise 72 Demonstranten von der Polizei und den Regierungskräften getötet. Hunderte von Menschen wurden verletzt, einige werden noch vermisst. Einige Aktivistinnen und Aktivisten sind untergetaucht, andere ins Exil geflohen.

Die Gewerkschaften in Eswatini sind nach wie vor gewaltsamen Repressionen durch die Behörden ausgesetzt, wobei Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, gewaltsame Übergriffe auf Beschäftigte sowie Schikanen und Verhaftungen an der Tagesordnung sind. Am 21. Januar 2023 wurde [Thulani Maseko](#), ein Anwalt für Menschen- und Gewerkschaftsrechte und politischer Aktivist, ermordet, was von der

weltweiten Gewerkschaftsbewegung verurteilt wurde.

UNI Global Union und ihre Mitgliedsorganisationen beteiligten sich am Globalen Aktionstag im März 2023, um ein Ende der Kultur der Straflosigkeit und ein Ende der Menschen- und Gewerkschaftsrechtsverletzungen zu fordern. Trotz der Gewalt der Behörden kämpfen die Gewerkschaften in Eswatini weiterhin für Demokratie.

MYANMAR

Am 1. Februar 2021 stürzte das Militär in Myanmar die neu gewählte Regierung des Landes und unterbrach nach Jahrzehnten der Militärherrschaft damit den Weg Myanmars in die Demokratie.

Der Staatsstreich stieß auf breiten Widerstand in der Bevölkerung Myanmars, die sich zu einer friedlichen Bewegung des zivilen Ungehorsams zusammenschloss. Die Junta reagierte brutal mit Massenverhaftungen und Tötungen. Die brutale Unterdrückung gewaltloser

Proteste führte zur Bildung bewaffneter Gruppen, und Myanmar befindet sich nun im Bürgerkriegszustand.

Das Regime hat die meisten Gewerkschaften in Myanmar verboten. Viele aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind inhaftiert, andere wurden getötet oder sind untergetaucht. Das Ausüben der Vereinigungsfreiheit ist unmöglich geworden. Der Gewerkschaftsbund von Myanmar [Confederation of Trade Unions of Myanmar](#) (CTUM) ist eine maßgebliche Größe in der Demokratiebewegung und spielt eine wichtige Rolle in der Regierung der Nationalen Einheit (NUG), die in Opposition zur Junta gebildet wurde, um die demokratischen Interessen der Bevölkerung Myanmars zu vertreten.

UNI hat sich der Forderung angeschlossen, dass die NUG von den Vereinten Nationen, der IAO und anderen internationalen Institutionen als die legitime Stimme des Volkes von Myanmar anerkannt werden soll, und unterstützt die Bemühungen um eine wirtschaftliche Isolierung des Regimes. Dazu gehört der Appell an

Banken, sich von Beteiligungen an Unternehmen, die mit der Militärjunta in Verbindung stehen, zu trennen und an Bekleidungs- und Textilmarken, ihre Produktionstätigkeiten aus Myanmar abzuziehen.

PHILIPPINEN

Der Globale IGB-Rechtsindex von 2022 listet die Philippinen als eines der zehn schlimmsten Länder der Welt in Bezug auf die Arbeitnehmerrechte auf. Erwerbstätige Menschen und ihre Vertreter sind auf den Philippinen nach wie vor in besonderem Maße gewalttätigen Angriffen, Einschüchterungen und willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt. Philippinische Behörden „red-taggen“ Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter böswillig (d. h. sie bringen sie mit kommunistischen und/oder terroristischen Organisationen in Verbindung), und viele von ihnen sind nach wie vor der unmittelbaren Bedrohung durch Polizei und Armee ausgesetzt, die gezielte Razzien gegen sie durchführen.

Seit 2016 wurden mehr als 50 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ermordet, wobei der jüngste schockierende Todesfall der von Alex Dolorosa, eines Organisationsbeauftragten der UNI-Mitgliedsorganisation BIEN auf den Philippinen war. Eine dreigliedrige Sondermission der IAO forderte Anfang 2023 die Einsetzung einer präsidentalen Kommission zur Untersuchung außergerichtlicher Tötungen von Arbeitnehmern und zur Gewährleistung der Vereinigungsfreiheit.

Trotz der Gefahren arbeiten die Gewerkschaften auf den Philippinen weiter daran, die Beschäftigten zu organisieren und die Einheit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung herzustellen. Dazu gehört die Veröffentlichung einer 15 Punkte umfassenden Arbeitsagenda im Dezember 2022, in der die wichtigsten Themen für erwerbstätige Menschen auf den Philippinen umrissen werden, darunter die Bekämpfung der prekären Arbeitsverhältnisse und die Förderung der uneingeschränkten Anerkennung der

Vereinigungsfreiheit sowie die Einführung eines nationalen Mindestlohns, was in Richtung eines existenzsichernden Lohns geht.

UKRAINE

Im Jahr 2014 annektierte Russland die Krim. Seitdem herrscht im Donbass trotz des Minsker Friedensabkommens von 2014/15, in dem ein Waffenstillstand vorgesehen war, ein ständiger Konflikt zwischen den von Russland unterstützten Separatisten und den ukrainischen Regierungstruppen.

Im Februar 2022 startete Russland eine umfassende rechtswidrige Invasion in der Ukraine. Seitdem sind Tausende von Zivilisten ums Leben gekommen, wurden verletzt oder mussten fliehen, um sich in Sicherheit zu bringen, und der Konflikt hat die weltweiten Spannungen auf ein seit vielen Jahren nicht mehr gekanntes Niveau angehoben.

Die weltweite Gewerkschaftsbewegung reagierte mit einer Verurteilung der Invasion und forderte den sofortigen Rückzug der russischen Streitkräfte und rief zum Frieden auf. Eine Reihe von Gewerkschaften hat das Engagement ihrer Regierungen zur Unterstützung der Ukraine aktiv unterstützt, und viele UNI-Mitgliedsorganisationen taten sich zusammen, um die ukrainischen Gewerkschaften und Beschäftigten solidarisch zu unterstützen. Dazu gehören auch das Leisten humanitärer Hilfe und die Beratung und Unterstützung von Geflüchteten.

UNI rief Unions Help Refugees (UHR) in Polen ins Leben, um ukrainische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Kampf um ihre Rechte auf dem polnischen Arbeitsmarkt zu unterstützen. Das vom COZZ-Organisierungszentrum in Warschau 2022 gebildete Team konnte Beschäftigten dabei helfen, Entschädigungen für Verletzungen und nicht gezahlte Löhne zu erhalten, gegen ungerechtfertigte Entlassungen vorzugehen und schriftliche Verträge

abzuschließen. Ferner konnte es Geflüchteten dabei helfen, eine Unterkunft zu finden, ihren Aufenthalt zu legalisieren und die ihnen zustehenden Leistungen zu erhalten.

Die UHR hat nicht nur Geflüchtete mit polnischen Gewerkschaften in Kontakt gebracht, sondern auch Online- und persönliche Organisationsschulungen für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die noch in der Ukraine arbeiten, durchgeführt. Dazu gehört die Unterstützung von Führungskräften und Aktivisten bei [Be Like Nina](#) - einer Basismobilisierung von Beschäftigten im Gesundheitswesen, die vor dem Krieg begann und sich seitdem zu einer Arbeiterbewegung und Gewerkschaft entwickelt hat.

PALÄSTINA UND ISRAEL

Der UNI-Kongress in Kapstadt im Jahr 2014 verabschiedete die EntschlieÙung, die nach wie vor den Rahmen für die Tätigkeiten der UNI in Palästina und Israel bildet. Mit dieser EntschlieÙung wurde die

Besetzung Palästinas verurteilt und zu Maßnahmen zur Beendigung der wirtschaftlichen Unterstützung für die illegalen Siedlungen als ein Hindernis für den Frieden und die Zweistaatenlösung aufgerufen. UNI setzt sich weiterhin für die Umsetzung dieser EntschlieÙung ein und arbeitet u.a. mit der Norges Bank zusammen, damit diese sich von bestimmten Unternehmen aufgrund ihrer Aktivitäten in den illegalen Siedlungen trennt.

Im Februar 2020 veröffentlichten die Vereinten Nationen eine Datenbank mit Unternehmen, die illegal in israelischen Siedlungen tätig sind. Dies ist ein entscheidender Schritt, um Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen, die direkt oder indirekt den Bau und das Wachstum der illegalen Siedlungen ermöglicht, erleichtert und davon profitiert haben. UNI hat sich der aus der gesamten Gewerkschaftsbewegung und der Zivilgesellschaft heraus formulierten Forderung angeschlossen, diese Datenbank zu aktualisieren.

Die Spannungen und die Gewalt haben in der gesamten Region zugenommen, und das Jahr 2022 war das tödlichste im Westjordanland des besetzten palästinensischen Gebiets, seit die Vereinten Nationen im Jahr 2005 mit der systematischen Dokumentation von Todesfällen begonnen haben. Fast 150 Palästinenser wurden im besetzten Westjordanland von israelischen Streitkräften getötet, darunter 33 Kinder. Mindestens zwei Palästinenser wurden von Siedlern getötet. Zehn Israelis, darunter fünf Siedler, eine Siedlungssicherheitskraft und vier israelische Streitkräfte, wurden im besetzten Westjordanland von Palästinensern getötet.

Die Wahl der am weitesten rechts stehenden Regierung in der Geschichte Israels hat zu wachsenden Spannungen und Befürchtungen über eine zunehmend härtere Haltung der israelischen Regierung gegenüber Palästinensern beigetragen. Die Politik der Regierung hat auch innerhalb Israels breite Proteste gegen Maßnahmen ausgelöst, die die Unabhängigkeit der Justiz erheblich schwächen und die Rechte der Arbeitnehmer angreifen würden.



8-10 Avenue Reverdil
1260 Nyon, Switzerland
+41 22 365 2100
contact@uniglobalunion.org
www.uniglobalunion.org

#UNIRisingTogether